

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1, — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40. Anzeigen die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brunnerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Die soziale Revolution. Zum Apothekenwesen. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Geschäftssozialismus. — Erziehung. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Ueber Arbeiter-terrorismus. Die Arbeiterausstände in Frankreich. Zum Schließ- und Einigungsverfahren in England. — Situationsberichte. — Eingeladent. — Gerichts-Chronik. — Arbeiter-Versicherungs-wesen. — Berufsleben. — Literarisches. — Briefkasten.

Achtung, Maurer!

Der Streik in Freiburg i. Br. dauert un-
ändert fort. In Schwedt a. O. befinden sich die
Kollegen seit dem 9. d. M. ebenfalls im Streik; sie
fordern Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn
Stunden. Auch in Elbitz ist am 17. d. M. der
Generallstreik eingetreten. Ferner sind Lohn-
differenzen ausgebrochen in Wandswel.

Der Zugzug ist von allen diesen Orten
fernzuhalten. Der Vorstand.

Die soziale Revolution,

die bedingt wird durch die Herrschaft der Besitzherrschaft,
scheint durch eine Reihe von Katastrophen ihren Weg
nehmen zu sollen, die bald in diesem, bald in jenem
Kulturstaat zum Ausbruch kommen. Kürzlich brach
die Katastrophe über Sizilien herein. Die unter-
drückten, ausgebeugenen Arbeitermassen, denen die
herrschenden Klassen nur die Verzweiflung gelassen
haben, schritten zur Gewaltthat mit der Parole:
Arbeitslos leben oder kämpfend sterben.

Dasselbe Schauspiel hat sich jetzt in Ungarn
wiederholt, und zwar in Alföld, dem getreidereichen
Tieflande zwischen der Donau und den Karpaten.
Die kändlichen Tagelöhner erhoben sich zum
Kampfe gegen unerträgliche Ausbeutung. Es herrschen
dort, wie selbst bürgerliche Blätter zugeben müssen,
geradezu schauerhafte Zustände.

Der treffliche Boden, der geringe Arbeit mit
hundertfältiger Frucht lohnt, gehört vielfach in weiten
Umkreis einem einzigen Magnaten, der Hunderte
von Tagelöhnern beschäftigt und ihnen Böhne zahlt,
von deren Niedrigkeit man sich außerhalb Ungarns
wohl nur noch in Andalusien und Unteritalien eine
Vorstellung zu machen vermag. Einen eigenen, wenn
auch noch so kleinen Grundbesitz zu erwerben, ist diesen
Tagelöhnern unmöglich; ihre Kinder müssen Knechte
bleiben, wie ihre Väter und Vorfahren alle Knechte
gewesen sind, selbst Pachtungen zu erlangen, ist nur
wenigen besonders vom Glück Begünstigten möglich.

Schon vor einigen Jahren kam es dort zu einem
großen Aufruhr, der mit Wassengewalt niedergeschlagen
werden mußte. An soziale Reformen hat vorher und
seitdem Niemand gedacht, wie in Sizilien trotz aller
Wetterzeichen Niemand an solche dachte, bis im ver-
wichenen Herbst der Sturm losbrach. Die Folgen
blieben nicht aus.

Es ist wieder zum Aufruhr gekommen.
Aus der Bauernstadt Hodmezoe-Vasarhely,
wo eine ländliche, nicht eigene Felder bestände, sondern
als Tagelöhner oder gegen Wochen- und Monatslohn
die Felder der Großgrundbesitzer bearbeitende Be-
völkerung sehr zahlreich ist, wurde unterm 23. April
telegraphisch der bürgerlichen Presse folgendes berichtet:

„Seit längerem wurde bemerkt, daß hier sozia-
listische Agitatoren thätig waren. Man behielt sie
im Auge, nahm bei mehreren Hausdurchsuchungen vor
und fand Schriften aufreizenden Inhaltes. Kaum
wurden die Hausdurchsuchungen bekannt, so rottete sich das

Volk, von einigen Rädelshäuptern aufgereizt, zusammen
und begann die bedrohlichen Organe und
Gensdarmen mit Steinen zu bewerfen, wobei
mehrere Gensdarmen verwundet wurden. Da die
Auftrichter trotz wiederholter Aufforderung nicht aus-
einandergehen wollten, gab die hartbedrängte Gens-
darmerei Feuer; vier Menschen blieben sofort
tobt am Plage, mehrere wurden verwundet.
Die Aufwiegler, von Schreden ergriffen, begannen
davonzulaufen, bald war der Platz menschenleer.
Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Man
befürchtet, daß die Schredensszenen sich wiederholen
werden.“

Zum „besseren Verständnis“ der Nachricht wird
hinzugefügt, daß diese Gegend schon seit Jahren
wegen bedrohlicher Anzeichen von der Regierung im
Auge behalten wurde; es geschah auch viel, um
der Bevölkerung aufzuhelfen (?), allein diese ist aus-
schließtlich für die landwirtschaftliche Tätigkeit ver-
anlagt; in jenen Gegenden des Landes aber sind
Fideikommissgüter dermaßen verbreitet, daß die Er-
werbung auch nur einer Hufe Landes fast unmöglich
ist. Die Bevölkerung kann nicht selbstständig
werden und ist verurteilt, ewig im Dienst der Groß-
grundbesitzer und ihrer Pächter zu bleiben. Das
benutzte die Sozialisten geschickt und wählen
dort seit Langem.“

Was würde dann aus der Bevölkerung werden,
ohne die „sozialistische Wählerarbeit“? Die Re-
gierung würde sich den Teufel um die Armen und
Elenden kümmern. Ihre eigenen Organe haben durch
Verhaftung der „Wähler“ die Greuelkuren provoziert.
Eine Regierung, die so verfährt, braucht sich nicht zu
wundern, wenn's ihr selbst mal ernsthaft an den
Kragen geht.

Natürlich aber muß der Sozialismus der Sünden-
bock sein! Die Berichte der bürgerlichen Blätter gehen
in diesem Tone fort:

Sedenfalls ist sozialistische Propaganda im Spiel,
da die Bauern, was Niemand für möglich hielt, er-
klären, sie kennen weder Vaterland noch Nation, nur
ein internationales Recht aller Arbeiter. Obgleich
sämmtlich arm, haben die Arbeiter aus Beiträgen ein
Gebäude angekauft, wo sie Versammlungen abhalten
werden. Sie besolden einen Führer, Namens Szanto
Kobacs, der die Verbindung mit den Sozialisten-
führern der Hauptstadt aufrecht erhält. Die Arbeiter
verweigern die Steuerzahlung und zeigen ihre Quittungen
über die an den Arbeiterbund geleisteten Zahlungen
mit den Worten: „Das zahlen wir lieber, Steuern
niemals!“ Am Freitag kamen aus Pest 6000 Abgesand-
ten, welche die Arbeiter am 1. Mai, zu dessen Feier
große Vorbereitungen getroffen wurden, anlegen wollten.
Unter den Arbeitern wurden Denkschriften verteilt,
welche ihre Forderungen enthielten: Allgemeines
Stimmrecht und achtstündige Arbeitszeit. Es
waren Detailpläne ausgearbeitet, nach denen die Hod-
mezoe-Vasarhelyer Acker unter die Arbeiter aufgeteilt
werden sollten. Wahrscheinlich war die Bewegung
erst für den 1. Mai geplant, ist aber infolge der Ver-
haftung des Führers bereits gestört ausgebrochen. Die
Arbeiter drangen in das Stadthaus und richteten
eine wilde Zerstörung an. Sie zerstörten die Bilder
des Herrscherpaares, ebenso wie das Kossuth's, ein
Zeichen, daß sie mit keiner bürgerlichen Partei
etwas gemeinsam haben wollten.“

Es heißt, der Führer der Bewegung, Kobacs, habe
sich mit der Kasse geflüchtet. Wenn, so doch sicher
nur, um das Geld vor Konfiskation durch die Staats-
gewalt zu bewahren.

Weitere Mittheilungen lauten:

„Auf Grund einer von der Staatsanwaltschaft an-
gestellten Untersuchung ist konstatiert worden, daß die
Hälfte der Polizisten mit den agrarischen So-
zialisten gemeinsame Sache machen und den Ge-
horsam verweigern. Die Re-
gierung trifft umfassende Vorkehrungen, damit der
Auffstand lokalisiert bleibt. Immerhin ist es für die
Landwirthe jener fruchtbaren Gegend ein schwerer
Schlag, daß die Arbeiter knapp vor Beginn der
Sommerarbeiten den Gehorsam verweigern. Poli-
tische Folgen wird das Ereigniß wohl nicht haben.“

Schau, schau, „den Gehorsam verweigern“, wenn
die Arbeiter sich nicht mehr schmeißen lassen wollen
von dem gnädigen Herrn!

Der Wiener „Neue Freie Presse“ wird aus Pest
folgendes gemeldet:

„Die Ortsbesitzer der Komitate Beles Eszabod und
Csongrad haben schon seit Jahren mit den Feld-
arbeitern zu kämpfen, die sich in sozialistischen Ver-
einen organisiert haben und mit der internationalen
Sozialdemokratie in Pest in enger Verbindung stehen.
Ihr Führer ist der ehemalige Kublist Paul Kobacs.
Die Behörden ertheilten Kenntniß davon, daß bei dem-
selben eine Sendung sozialistischer Schriften angelangt
sei, welche unter der Landbedürftigung vertheilt werden
sollten. Diese beobachtete während der letzten Tage
eine drohende Haltung. Täglich versammelte sie sich
in starken Gruppen auf dem Hauptplatze, wo auf-
reizende Schriften verlesen, Brandreden gehalten und
die schärfsten Drohungen gegen die Herrenleute aus-
gestoßen wurden. Die Behörden ließen die Bauern
anscheinend gewähren, um sie leichter überwachen zu
können. Für den Sonntag war das energiefolle Ein-
schreiten der Behörden in Aussicht genommen. Also
ein wohlgeplanter hinterlistiger Ueberfall! Red. d.
„Größt.“

Man konfiszirte bei Kobacs die angelangten Druck-
schriften und Proklamationen blutrünstigen Inhalts.
Kobacs erschien hierauf mit einem Trupp seiner Ge-
nossen vor dem Stadthause und forderte drohend die
Aufhebung der Konfiskation und die Herausgabe der
Druckschriften. Stadthauptmann Pola ließ Kobacs
zu sich rufen. Dessen Genossen gestatteten aber nicht,
daß sich derselbe in die Amtsstube begeben, sondern
drangen alle in den Flur des Stadthauses ein, aus
welchem sie nur mit der größten Mühe entfernt werden
konnten, worauf das Thor geschlossen wurde. Auf
Anordnung der Sicherheitsbehörde schritt der sehr
schwache Gensdarmeposten ein. Bis die Gensdarmen
kamen, hatte das Volk sämmtliche Fensterbänke des
Stadthauses zertrümmert und das Thor eingeschlagen.
Gensdarmerei-Wachmeister Hubert richtete an die
Menge die Aufforderung, sich ruhig zu verhalten und
sich zu zerstreuen. Ein Steinbägel war die Antwort
auf diese Aufforderung. Die Gensdarmen wurden
durch die Steinwürfe erheblich verwundet. Als eine
neuerliche Aufforderung zum Auseinandergehen wieder
wirkungslos verhallte und die Menge sich anschaute,
ein neues Steinbombardement gegen die Gensdarmen
zu eröffnen, wurde „Feuer!“ kommandirt. Es wurden
nach einander 18 Schüsse abgegeben. Ein junger
Bursche brach sofort todt zusammen, vier Männer
lagen schwer verwundet in ihrem Blute. Nichtsdesto-
weniger blieb die Menge trotz auf dem Platze.

Gusaren aus der benachbarten Kaserne brachten
indes alsbald die von der arg bedröhten Behörde er-
sehnte Hilfe. Die Gusaren trafen auf die Masse los,
und es gelang endlich, dieselbe zu zerstreuen. Unter
der Bedeckung der Gusaren konnte die Polizei ein-

schreiten, und die Haupttrübsalser wurden dingfest gemacht. Die Menge hatte an die Soldaten die Anforderung gerichtet: „Wenn Ihr Ungarn seid, so thut uns nichts, denn wir sind Blut von Eurem Blute!“ Die Husaren traten indes ihre Pflicht und säuberten binnen wenigen Minuten den Platz. Der Charakter der Unruhen ist ein ausgesprochen international-sozialistischer. Die Bauern sagen, sie seien keine Ungarn; sie hätten kein Vaterland; ein Vaterland habe nur derjenige, der auch Vermögen besitzt. Man ermunterte die Leute durch die gewissenlose Lüge, daß sie sich vor dem Militär nicht zu fürchten hätten. Die bisherige Untersuchung ergab, daß die nach bekannten Mustern getroffene Organisation eine vorzügliche war. Jedes Mitglied des freien Verbandes der Landarbeiter war verpflichtet, wöchentlich 10 Kr. zu den Kosten der Bewegung beizutragen. Kovacs bekannte sich vor der Behörde als internationaler Sozialist, der gleich seiner Partei kein Vaterland kenne. Er erklärte, daß die gegenwärtigen Zustände unerträglich seien und um jeden Preis beseitigt werden müßten, mögen darüber noch so viele den Tod finden. „Wir sind unser sehr Viele.“ sagte er, „und unsere Zahl wächst von Tag zu Tag. Wir wollen keine Steuern zahlen und keine Soldaten stellen. Wir allein sind die nützlichen Arbeiter, die Herren sind Tageelöhne, die gehetzt werden müssen.“

Während wir das schreiben, kommt die Meldung, die Regierung habe militärische Verstärkung geschickt, die Gährung sei im Wachen begriffen.

Auch in Amerika, in den Vereinigten Staaten, leuchten wieder die sozialen Wetterzeichen. Diese Bande befinden sich bekanntlich seit länger als einem Jahre in einer außerordentlich schweren wirtschaftlichen Krisis. Das herrschende Ausbeutungssystem beginnt die Geduld der Volksmassen zu erschöpfen. Denn in diesem großen republikanischen Staate sind die Zustände ein Hohn auf dessen Verfassung geworden; trotz der politischen Freiheit wuchert der Kapitalismus mit einem schamlosen Plünderungssystem empor und bringt eine Sklaverei mit sich, welche weit schlimmer ist, als diejenige der Negler, die durch den großen Sezessionskrieg der sechziger Jahre beseitigt worden ist.

Die Zahl der Arbeitslosen befreit sich auf Hunderttausende. In den Kohlen- und Eisenschmelzwerken wird die ungeheure Arbeitslosigkeit von den kapitalistischen Menschenschindern dazu mißbraucht, die Löhne herabzubrüden, was zur Folge hatte, daß Zehntausende der von dieser Maßregel betroffenen Arbeiter die Arbeit niederlegten. Zur Stunde dürfte die Zahl der Streikenden mindestens 300 000 betragen. So sind wohl über eine Million Proletarier ohne Beschäftigung und Brot.

Da ist denn ein reicher Betratmann, Namens Cozay, auf den Gedanken verfallen, einen „Kreuzzug der Arbeitslosen“ des ganzen Landes nach Washington, der Bundeshauptstadt, wo die Regierung und die Gesetzgebung ihren Sitz hat, zu organisieren, um auf diese Körperchaften zwecks Ergreifung von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit einzuwirken. Die bürgerliche Presse hat Anfangs über dieses Unternehmen gelächelt. Aber das Spötteln ist ihr bald vergangen. Die Massenwanderung wurde tatsächlich in Szene gesetzt. Derselbe bewirkte ungeheure Aufregung.

Hunderttausende befinden sich auf dem Marsch nach Washington; ein Teil der Armee der Arbeitslosen ist dort bereits eingetroffen, und einzelne Bahnen und städtische Behörden beilen sich, durch freie Fahrt und Verköstigung die gefährliche Gesellschaft über die Grenzen ihrer Counties zu bringen.

Der „Kreuzzug der Proletarier“ entwickelt immer mehr seine fürchterlich ernste Seite. Die Kommissionen des Districts Columbia haben eine Kundgebung erlassen, worin sie erklären, daß das Recht, dem Kongresse Petitionen zu unterbreiten, nicht den Frieden und die Ruhe der Bundeshauptstadt gefährden dürfe. Washington habe jetzt schon genug Arme. Käme die Industriearmee nach Washington, so müßten die Aufhebungen die unausweichliche Folge sein. Die Ziele der Cozayiten würden jedenfalls durch gewöhnliche gesetzliche Mittel viel leichter erreicht werden. Gesehlich seien alle Meetings und Umzüge vor den Anlagen des Kapitols verboten. Das bestehende Gesetz genüge für alle Fälle. Inzwischen rücken die Cozayiten aus allen Theilen des Landes gegen Washington vor. In allen Staaten der Union rühren sie sich. Der Gouverneur von Colorado erklärte letzter Tage in einer Rede, die Sache gerechter Menschen müsse unterliegen werden.

Nicht unzutreffend äußert sich der Londoner „Daily Chronicle“ über die Ursachen der Bewegung: „Die Amerikaner haben sich so in ihre republikanische Staatsformel verließ, daß sie weit weniger

als die europäischen Nationen an die soziale Frage gedacht haben. Aber allmähig nimmt sie auch unter dem Sternbanner riesige Verhältnisse an. Die Straßen jeder amerikanischen Stadt wimmeln von Arbeitslosen. Mitten unter dem aufgehängten Reichthume nagen Zehntausende am Hungertuche. Die Wohlthätigkeitsanstalten reichen nicht mehr. Niemand kann leugnen, daß das doppelte Schauspiel eines unerhörten Reichthums einerseits und der arbeitslosen Masse andererseits als ein geschichtliches Paradoxon erscheint, wie es nur immer in der Weltgeschichte vorgekommen ist. Außer dem Washingtoner Kongresse giebt es in den Vereinigten Staaten 34 Legislaturen. Nicht eine hat auch nur einen Schritt gethan, eine Lage der Dinge zu untersuchen, die nicht lange mehr dauern kann, ohne die Grundlagen der Gesellschaft zu erschüttern. Dem Volke der Vereinigten Staaten naht die Nemesis wegen seiner leichtlebigen Dässigkeit, die es so weit gebracht hat, daß die größte Republik auf Gnade und Ungnade den Ringen gewissenloser Politik und den Syndikaten von Millionären überliefert worden ist.“

Was werden die öffentlichen Gewalten thun? Im Senat stellten schon am 19. April die Senatoren Pfeffer und Allen von Nebraska, Weide zur Volkspartei gehörig, den Antrag, einen Ausschuß einzusetzen, um Delegirte der Cozay'schen Arbeiterarmee, die sich jetzt auf dem Marsche nach Washington befinden, zu vernehmen. Pfeffer erklärte, die Arbeiterarmee bestche aus friedlichen Bürgern, und Allen behauptete, die Leute hätten ein Recht, nach Washington zu wandern, die Galerien beider Häuser zu besetzen und ihre Anliegen dem Kongresse vorzubringen. Es sei ungebührig, die Miliz gegen sie aufzubieten. Der Kongreß wird nicht geneigt sein, sich auf lange Unterhandlungen einzulassen. Ueberdies ist er nicht in der Lage, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, ihren Hunger zu stillen und ihre Wägen zu bedecken. Die unsehrwillig Feiernden aus allen Himmelsgegenenden der Union mögen sich wohl gefast haben, daß es gleichgültig sei, wo man Hungers stirbt, ob in der Heimath oder in Washington.

Wenn die Armen glauben, daß ihnen das Parlament Brot reichen wird, so werden sie bitter enttäuscht sein; nicht Brot, sondern Steine wird ihnen der Kongreß vorwerfen. Welches Land der Welt ist so reich begnetet wie Amerika? Wo haben Handel und Industrie so rasche Fortschritte gemacht wie in Amerika? Wo sind so rasch Reichthümer in so unerhörtem Umfange angehäuft worden wie in Amerika? Wo ist dagegen auch das Elend so groß wie in den Vereinigten Staaten, die Woblen genug besitzen, um eine dreimal so große Volksmenge reichlich zu ernähren, als sie thatsächlich zählen?

Das ist der Fluch der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft! Wenn nun die Hunderttausende der von diesem Fluche Betroffenen, die Armeen der Arbeitslosen, sich vor den Widerstand und die Unfähigkeit der Gesetzgebung und der herrschenden Klassen, ihnen zu helfen, gestellt sehen, — was dann? Wenn sie dann zur Gewalt schreiten, wenn sie nicht heroisch verhungern wollen, sondern ihr Menschenrecht, mit gewaffneter Faust gegen die Ausbeutungsgesellschaft geltend machen, — so hat lediglih diese Gesellschaft, sie ganz allein, die Verantwortung dafür zu tragen.

Die Cozayisten beabsichtigten, durch ihren „Kreuzzug des Proletariats“ den Kongreß zu zwingen, zinslose Obligationen auszugeben und sofort 500 Millionen Schatzamtsnoten unter die verheißenden Staaten zur Vertheilung zu bringen, damit Straßenarbeiten begonnen und Arbeitsgelegenheit geschaffen werden könne. Bisher war es zweifelhaft, wie sich der amerikanische Senat den Forderungen der Cozayiten gegenüber verhalten werde. Diese Zweifel wurden bald behoben. Der Senat hat es, wie aus Washington unterm 25. April gemeldet wurde, abgelehnt, zur Entgegennahme der Bittschrift des Zuges der Arbeitslosen von New-York einen Ausschuß zu ernennen. Am so gespannt ist man jetzt auf den Verlauf dieser Kundgebung. Wehe, Ihr verblendeten Vertreter der kapitalistischen Ordnung, wenn der entsefelte Sturm über Euch kommt!

Zum Apothekenwesen.

Was lange währt, wird endlich gut, so sagt ein altes Sprichwort; es wird manchmal aber auch recht herzlich schlecht. Und letzteres ist in puncto Gesetzgebung meistens der Fall, wenn es sich darum handelt, der Ausbeutungssucht der privilegierten Klassen irgendwie eine Schranke zu setzen. Eins der unbedingtesten, aus den Zeiten krassesten Aberglaubens stammenden Privilegien ist dasjenige der

Apothekenbesitzer, vermöge dessen die Inhaber eine unerhörte Ausbeutung des Publikums unter geglichem Schutze betreiben, und alle Versuche, hierin eine wirksame Aenderung zum Besseren zu erzielen, sind bisher erfolglos gewesen. Dem allgemeinen Drängen nach durchgreifenden Reformen auf diesem Gebiete kann sich die deutsche Reichsregierung jedoch nicht entziehen, und so melbten kürzlich die offiziellen „Berl. Pol. Nachr.“, daß es sich bei der geplanten Regelung um einen vom Kultusministerium aufgestellten, vom preussischen Staatsministerium in den leitenden Grundsätzen, System der Personalkonzession mit 25 jähriger Uebergangszeit, gebilligten Entwurf eines Reichs-Apothekengesetzes, der dem Reichskanzler vorgelegt ist, handle. „Alsdann“, so heißt es weiter, „soll der Gesetzentwurf zunächst den Landesregierungen zur Prüfung und Aenderung zugehen. Man darf annehmen, daß die Landesregierungen zur Prüfung der Vorlage Sachverständige aus den Interessententkreisen hören werden, so daß auch die beteiligten Kreise in der Lage sein werden, ihre Auffassung mit dem ihr bewohnenden sachlichen Gewichte zur Geltung zu bringen. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, so liegt in der bisherigen Gepflogenheit bei der Vorbereitung von tief in das Erwerbsleben eingreifenden Gesetzesvorlagen dieser Art die Gewähr dafür, daß in einem späteren Stadium der Vorbereitung und jedenfalls, bevor die gesetzgebenden Faktoren im Reich mit der Sache befaßt werden, den Interessenten Gelegenheit gegeben werden wird, Stellung zu dem Entwurfe zu nehmen und ihre Auffassungen und Wünsche auszusprechen.“

Aus dieser, jedenfalls zuverlässigster Quelle entstammenden Notiz geht zunächst hervor, daß man in Betreff des zu erwartenden Gesetzentwurfes die alte Maxime „Man immer langsam voran“ befolgt, zugleich aber kann Jeder, der die Sachlucht der „betheiligten Kreise“ kennt, an seinen Fingern abzählen, in welcher Weise diese Kreise ihr „sachliches Gewicht zur Geltung“ bringen werden. Die „Pharmazeutische Zeitung“, das Organ der in ihrem Selbstinteresse bedrohten Apothekenbesitzer, bringt denn nun auch folgende „sachlichen“ Ausführungen:

„Der Herr Reichskanzler hat in einer seiner Neben gesagt, er prüfe jede Vorlage darauf hin, wie sie auf die Sozialdemokratie wirke. Hoffen wir, daß das auch geschehen wird, wenn sich die Ideen des Herrn Kultusministers resp. seines Beraters in pharmazeutischen Angelegenheiten zu einer Vorlage werden verdrückt haben. Soll es denn wirklich möglich sein, daß die seit Jahren systematisch gegen uns gerichteten Angriffe und Verdächtigungen der Sozialdemokratie einen großen und blühenden Stand, ein produktives Gewerbe vernichten können?“

„Was anders ist denn dieser langjährige Kampf der deutschen Apotheker gegen die sozialdemokratische Presse und die großen Krankenkassen, als das verzweifelte Ringen der bestehenden Klasse gegen den Ansturm der alle Werthe vernichtenden Umstürzler?“

„Jeder Stand, den die Sozialdemokratie zerrieben hat, fällt derselben als reife Frucht in den Schooß. Man sagt sich eben: wenn die bestehende Gesellschaft meinen Besitz, mein mit Fleiß und Arbeit erworbenes Eigentum nicht schützen will oder kann, so vermag sie eben in der bestehenden Form ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht zu werden.“

„Vielleicht kämpft die Sozialdemokratie deshalb so erbittert gegen uns, weil sie glaubt, daß es für die Gester des Umsturzes keinen wirksameren Bundesgenossen geben könne, als einen Stand, der berufen ist, die Gester der Vernichtung sorgfältig zu hüten.“

„Der deutsche Apotheker ist stets ein treuer und pflichtbewusster Staatsbürger gewesen und wird sich niemals auf falsche Bahnen begeben; aber er hat auch das Recht auf Schutz gegen unberechtigte Uebergriffe.“

Es wäre thöricht, die „Verbienste“ der „treuen und pflichtbewussten Staatsbürger“ irgenwie bezweifeln zu wollen. So theilte die „Frankf. Ztg.“ kürzlich mit, daß ein Apotheker in Hanau, nebenbei Antisemitisch vom reinsten Wasser, seine Apotheke in Reichelsheim i. D. nach achthährigem Besitze im Jahre 1893 mit einem Gewinne von **MT. 82 000** verkauft habe. Im Jahre 1891 wurde die Einhornapotheke in Duisburg für **MT. 460 000** verkauft mit einem Gewinn von **MT. 220 000** nach achthährigem Besitze; eine Apotheke in Leipzig für **MT. 475 000** mit einem Gewinn von **MT. 150 000** nach dreihährigem Besitze; eine Dortmunder Apotheke hat seit 1873, wo sie konfessionirt wurde, ihrem ersten Verkäufer einen Erlös von **MT. 180 000**, dem zweiten von **MT. 285 000**, dem dritten von **MT. 435 000** gebracht. Und diese Liste könnte ad infinitum fortgesetzt werden. Im gewöhnlichen

Geschäftsleben kennt man solche "Verdienste" nicht, und gar mancher ehrsame Zunftmeister würde sich für den Glückseligsten aller Sterblichen halten, wenn er nur über den zehnten Teil solches "Verdienstes" als Jahres-einnahme zu verfügen hätte. Und nun erst die Arbeiter! Alle, besonders die Bekleerten aber, müssen in Krankheitsfällen zu dem Verdienste der Apothekenbesitzer beitragen, fintelmal das Krankenlassengesetz in seiner neuesten Form den Krankentassen ohne Unterschied die freie Lieferung von Arzneien vorschreibt. Dieser Theil der "Sozialreform" scheint daher besonders für die Apothekenbesitzer berechnet zu sein, als Lohn für die sorgfältige Gut der Beistand, "zumal von diesen Erträgen niemals auch nur ein Pfennig verlore geht.

In dem oben erwähnten Artikel der "Frankf. Ztg." veröffentlicht der Verfasser besselein einen Auszug aus einer im Jahre 1891 erschienenen Broschüre, welcher den "Verdienst" auf eine Apothekerechnung aus dem Jahre 1890, ausgeführt für eine Krankentasse, analysirt. Ziel ans beim Lesen des Artikels auch der bekannte Heine'sche Vergleich zwischen dem Rabbi und dem Pfaff unwillkürlich ein (der Verfasser ist nämlich Arzt), so ist der Hinweis auf die Pass'sche Broschüre doch recht zeitgemäß. Es heißt daselbst: "508 verschiedene Medikamente waren bezogen worden für die Summe von M. 609,45. Zur Herstellung aller dieser Arzneien hatten die Droguen beim Einkauf M. 60,14 gekostet, die Arzneitarze erlaubte dem Apotheker für die verwendeten Droguen M. 289,08 zu berechnen, das ist ein Profit von M. 218,89 gleich 43,6 Prozent. Die Medikamente dieser Ordinationen wurden abgegeben in Gläsern, die beim Einkauf M. 7,63 gekostet hatten und beim Verkauf mit M. 65,63 berechnet wurden, in Schachteln, die M. 4,73 gekostet hatten und für M. 11,28 abgeben wurden, und in Salbenbüchsen, die sich beim Einkauf auf 61 Pfg., beim Verkauf auf M. 4,25 stellten. In Summa stehen also bei diesen Nebendingen Auslagen von M. 19,87 gegenüber den Einnahmen von M. 81,16; die Differenz bildet einen Profit von M. 60,29 gleich 288,8 Prozent. Stellen wir demnach noch einmal den Materialwert an Droguen z. M. 50,14 an Flaschen z. 19,87 M. 70,01

den Rechnungswert von M. 609,45 gegenüber, so ergibt sich eine Vertheuerung des Materials auf dem Wege durch die Apotheke um M. 438,44 gleich circa 600 Prozent einschließlich Arbeitslohn. Geben wir zu, daß der Apotheker Sozialmische und ähnliche Speisen in Anschlag zu bringen hat, so ist ein solch hoher Profit doch bei keinem anderen Geschäft sonst noch denkbar und ein Abzug von 20 Prozent für die Krankentassen nicht mehr als billig, ja geradezu bescheiden zu nennen."

Die Apothekenbesitzer sind jedoch durchweg ziemlich gute Rechner und meinen, daß sie für ihren "langjähigen Kampf gegen die sozialdemokratische Presse" auch den seit der Krankentassen gewährten Rabatt entzuehrien können. (Hier in Hannover haben die Herren schon seit einer Reihe von Jahren, wahrscheinlich aus demselben Grunde, den Klassen nur 10 Prozent gewährt, trotzdem der Preis der Recepte sich hier durchweg höher stellt, als in den der preussischen Tage unterworfenen Städten der Umgegend, wie z. B. Altona und Wandsbek.) So hatten z. B. die zentralisirten freien Kasstassen und der große Sanitätsverein Hanau's mit den dortigen Apotheken ein Abkommen, wonach ihre Mitglieder und deren Familienangehörige bei Bezug von Arzneien einen Rabatt von 20 Prozent genossen. Im Herbst vorigen Jahres weigerten sich nun die Hanauer Apotheker, den Familienangehörigen der Krankentassenmitglieder den Rabatt weiter zu gewähren, und vor Kurzem erklärten sie, jetzt auch für die Krankentassenmitglieder selbst nur mehr zehn vom Hundert bei der vierteljährlichen Bezahlung in Abzug bringen zu lassen. Die Krankentassen wünschen natürlich, daß das bisherige Verfahren beibehalten werde, und da die Apotheker darauf nicht eingehen wollten, so haben die Kassten beschloffen, daß ihre Mitglieder bis auf Weiteres die Medikamente ausschließlich bei bestimmten Apotheken der Stadt entnehmen, wengleich auch diese beiden ihren Rabatt für 10 Prozent herabgesetzt haben. Die Krankentassen sind im Stande, diese Kampfmaßregel mit einer Strenge durchzuführen, wie sie bei ähnlichen Vorkäufungen selten sein dürfte, sie werden ihren Mitglieder eben nur diejenigen Medikamente bezählen, die aus einer der beiden bezeichneten Apotheken bezogen worden sind. Ein Versuch, diese Angelegenheit beizulegen, ist gescheitert. Der Bürgermeister der Stadt hatte die

Vertreter der beiden Parteien auf's Rathhaus geladen, bei den Verhandlungen blieben jedoch beide Theile bei ihren Forderungen. Und so rufen die Krankentassen ihre Mitglieder zur strengen Einhaltung des Boykotts auf.

Wir versprechen uns von diesem Boykott nicht viel, weil die gesetzlichen Tazgen der Apothekern zur Seite stehen und jede weitere Konkurrenz ausgeschlossen ist. Im Uebrigen werden die Herren Kollegen durch Festsetzung hoher Konventionalstrafen in ihren Fachvereinen jedem ihrer Konkurrenten die Lust zur Herabsetzung der Taxpreise eventuell Gewährung höherer Rabatts benehmen. Für Dougehoisvereine hat ja bekanntlich die Vereinsgesetzgebung keine Strafsparagaphen. Andererseits geben wir uns aber auch dem oben erwähnten Entwurf eines Reichs-Apothekengesetzes gegenüber keinen Illusionen hin. Der Kreis der "Interessenten" wird ein wenig vergrößert werden, und im Uebrigen wird Alles so ziemlich beim Alten bleiben.

Daß diese unsere Meinung berechtigt ist, geht aus einer Mittheilung der "Apotheker-Ztg." hervor. Sie hat aus dem jetzt dem Reichsanzenlante vorliegenden Gesegentwurf Folgendes erfahren: "Die Theilung der Konzession soll an denjenigen Bewerber erfolgen, dem die Behörde nach dem Alter seiner Approbation, seinem sittlichen Charakter, seiner Ausbildung, Tüchtigkeit und der Dauer seiner Beschäftigung in Apotheken für den Seignissen hält. Wenn eine Apotheke an demselben Orte oder Ortstheile anstatt einer anderen errichtet werden soll, darf dem Empfänger der neuen Konzession auferlegt werden, von dem bisherigen Besitzer oder dessen Erben die Vorrichtungen, Gerätschaften oder Waarenbestände zu übernehmen. Findet eine Einigung nicht statt, so wird darüber enöglicht die zuständige Behörde nach Anhörung von Sachverständigen zu entscheiden haben. Das Recht zum Betrieb einer Apotheke steht dem Berechtigten auf Lebenszeit zu, sofern es nicht nach Maßgabe des Gesetzes erlösch oder entzogen wird. Der Berechtigte ist zum Betrieb verpflichtet und nicht befügt, den Betrieb einem Andern für dessen Rechnung oder für Rechnung eines Dritten abzutreten oder, ohne sechs Wochen vorher der Behörde Anzeige erstattet zu haben, den Betrieb einzustellen. Nach dem Tode des Besitzers darf die Apotheke nur noch ein Jahr und, soweit eine Wittwe oder minderjährige Kinder vorhanden sind, nur noch fünf Jahre durch einen approbirten Apotheker für Rechnung der Erben betrieben werden."

Von einer Aenderung des heutigen-kamosen Tagewesens, aber das man foztanten voll schreiben könnte, scheint also nicht die Rede zu sein, sonst hätte das genannte Blatt wohl schon Jeterovio geschrieben. Eine radikale Abhilfe gegen die skandalöse Ausbeutung des arzneibedürftigen Publikums durch die Apothekenbesitzer wird, wie die Abschaffung jeder anderen Ausbeutung der Besitzlosen durch die Besitzenden, erst dann erfolgen, wenn die nach Ansicht der "Pharmazeutischen Zeitung", alle Werthe vernichtenden Umstürzer" ihr Ideal, eine auf der Basis der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit beruhenden Gesellschaftsordnung verwirklicht haben werden. Der heutige auf Ungleichheit und Ausbeutung basirende Staat ist dazu nicht im Stande.

Wirthschaftlich-soziale Rundschau.
* Etwas sehr Ungenügendes in unseren Banttern passirt. - Wie man sich erinnern, hatten sie auf ihrem letzten "großen" Janungs- und Handwerker-tage ihren Sympathien für das Centrum und ihrem Vertrauen auf die Unterstützung der Zentrum'sfraktion wieder lebhaften Ausdruck gegeben und lechzte hatte durch ihren Abgaben Gleiches mit Gleichem vergolten, jedoch die Werbeoffiziere der übrigen Parteien, die sich auf dem Kongress behufs Handwerkerzungs eingefunden hatten, verhältnismäßig nur schlechte Gefährte machen konnten. Diese schone Verbürdung erleidet nun einen argen Stoß von Mänden her. Dort hat nämlich der bekannte ultramontane Sozialpolitiker, Prof. Frz. v. Hertling, in seiner Eigenschaft als Berichtsatler der Reichsraths-kammer über die Zentrum'santräge auf Zwangsinnung und Beschäftigungsgewissheit in harker Weise gegen die erwähnten beiden Grundvorstellungen des Jantlerthums ausgesprochen, die man - bekanntlich - aus in Blut wieder unentwegt hochgehalten und in den Vordergrund gestellt hatte. Ganz wie die Wanderschaften... Manchesfermann ist in den Augen der Welt, Vater und Genossen Jeter, der nicht in das jantlerische Horn bläst - erklärt Prof. Hertling die Zwangsinnung für eine veraltete, durch die Entwicklung der modernen Welt vollständig überholte Einrichtung; die Gegenwart, sagt er in seinem Berichte bezu in seiner mündlichen Erläuterung dazu, lasse sich nicht in die Schablone veralteter Organisations hineinzwängen, dafür sei die Entwicklung der Industrie zu weit vorgeschritten, die auch die Einführung des Beschäftigungsgewissheitsgesetzes mache. Die bayerische Reichsraths-kammer, deren große Mehrheit sicher nicht unwahrscheinlich stimmt ist, in der auch eine Anzahl von hohen Geistlichen ist, hat die Hertling'schen Ausführungen akzeptirt und ohne Debatte die Ablehnung der Zentrum'santräge einstimmig beschlossen. Wären die Führer der jantlerischen Bewegung

überhaupt der unbefangenen Erwägung fähig, so könnte diese scharfe Stellungnahme einer Körperhaft von dem Charakter der bayerischen Reichsraths-kammer nicht versehen, sie mit Zweifel an der Bortrefflichkeit ihrer Mittelmittel zu erfüllen. Darau ist indß abholt nicht zu hoffen; die Ritter vom gewöhnlichen Hufe werden die Reichsbräue im Allgemeinen und die der Zentrumspartei angehörenden im Besonderen des Jentendens Berzugs als Handwerker begünstigen, ihr Vertrauen auf das Centrum wird wahrscheinlich einigermaßen in's Wanken kommen und im Uebrigen werden sie in gewohnter Weise fortwärteln.

Auf dem letzten Berliner Juntstertage sind, wie nach der "Vollstg." einer der Reichsrath Delegation, der Schlesischer-Obermeister Händel verurtheilt hat, zu drei Dritteln der Anwesenden nicht im Besitz des Stimrecht gewesen. Man denke, die zum Handwertertage Jhendenden Schwärmer für Zwangsinnung und Beschäftigungsgewissheit vertreten noch nicht den zehnten Theil des deutschen Handwerts; von diesem Behälte war wiederum noch nicht ein Jentel in Berlin, und von diesem Jundertel waren wahrscheinlich zwei Dritteln noch nicht stimmberchtigt; es Jhnen also auch noch weniger Stimmberchtigte als ein Drittel der Anwesenden gewesen sein. Und diese Handvoll deutscher Handwörter will die Regierung im Sinne reaktionärer Maßnahmen beeinflussen, unter denen das ganze deutsche Handwerk aufs Allerempfindlichste leiden würde!

Der "Ruin" der Jiegeleibestkter, zu dessen Abwehr sich eine Anzahl Jiegeleifabriken in und bei Stuttgart zu einem Ring verbunden haben, nimmt sich ganz eigenartig aus, wenn man in Betracht zieht, daß die Jührerin dieser Koalition, die Stuttgarter Jmmobilien- und Jandgesellschaft, im Jahre 1893 einen Reingewinn von M. 886 422,86 erzielte, der zum größten Theil unter die paar Aktionäre vertheilt wurde, während die Jiegelei-Arbeiter zu dem schlechtesten bezahlten und gebrüdetesten Proletariat gehören.

Städtisches Arbeitsamt in Erfurt. Vor mehreren Wochen berichteten wir, daß in Erfurt ein Arbeitsamt errichtet werden solle. Das Statut hat nunmehr die Genehmigung des Reichsraths-Konkusses gefunden; wir sehen aus demselben folgende Punkte hervor: Das Arbeitsamt steht unter der Aufsicht einer Kommission, die aus einem Vorstehenden, sechs Jührern und vier Stellvertretern zusammengefelt sein soll. Jür Jälfts müssen die Mitglieder der Kommission aus Arbeitgebern, zur Hälfte aus Arbeitnehmernen bestehen. Der Vorstehende ist ein Sozialist. Das die Arbeiternehmer-Besitzer von der Stadterordneten-Bersammlung gewählt werden sollen, kann unsern Jestsall nachlich nicht finden. Soll die Kommission, bestehend aus der Arbeiternachweis wirksam sein, dann muß er das volle Vertrauen der Arbeiter genießen. Dieses Vertrauen aber kann nur dann vorhanden sein, wenn die Vertreter durch Wahl aus der Mitte der Arbeiter selbst hervorgergangen sind. Der Nachweis beschränkt sich vorläufig auf gewöhnliche Arbeiter; in Jürze sollen jedoch auch Stellen für Diensthöten ermittelt werden.

Geschäftssozialismus.
Vor wenigen Wochen hat der "Vorwärts" die Art und Weise gesehelt, wie ein Delphiger Juchhändler für seine Geschäftspekulationen die Maße der Parteigenossenhaft vorbindet. Von derselben Jerna - Ernst West in Leipzig - ist gegenwärtig ein neues Unternehmen auf den Juchmarkt geworfen, für welches abermals die Werbetrömmel gerührt wird, als ob es sich dabei um ein Unternehmen handle, das speziell für Parteitreue, im Partei-Interesse herausgegeben werde. An unsere Parteipresse, an Parteibuchhändler, an Parteipostreue und an die Parteigenossen ist von dieser Verlagsbuchhandlung West in Leipzig kürzlich ein Prospekt für eine Juftritte Wozgenzeitung versandt worden, der folgendenmaßen beginnt:

Werther Genosse! Da das Bedürfnis nach einer sozialistischen Unterhaltungsliteratur ein immer lauterer wird, habe ich mich entschlossen usw.
Für die Parteiblätter ist noch die Besorgnis ausgenorwen, in der Jrobenummer extra empfohlen aufgeführt zu werden, falls sie als Gegenleistung mehrmals ein Jellamen-Inferat aufnehmen. Auch dieses für die Parteigenossen bestimmte Inferat giebt das Versprechen, dem Bedürfnis nach einer gediegenen sozialistischen Unterhaltungsliteratur gerecht zu werden, und erklärt außerdem ausdrücklich, der Jnhalt werde unter strenger Wahrung sozialistischer Prinzipien gehalten sein.

Jeder Parteigenosse wird also in den Glauben versetzt, es handle sich um ein sozialistisches, den Partei-Interessen dienendes Blatt; in Wirklichkeit handelt es sich einfach und ausschließlich um eine Spekulation auf den Wettbewerb reichthätigster Parteigenossen.
Die Beweise dafür sind:
Dasselbe Jnterlat, dasselbe Inferat für diese "Juftritte Volkszeitung" ist auch für den Juchhändler zur Ausgabe gelangt und in verschiedenen Kopportage- und Juchhändler-Inferatenblättern annonciert worden. Aber hier sind selbstverständlich alle parteigenösslich lingenben Redensarten weggefallen und ebenjo - aus Vorsicht oder aus Wahrheitsliebe? - alle Besprechungen auf sozialistischen Jnhalt unterdrückt!
Ja noch mehr, dieselbe "Juftritte Volkszeitung", die bei den Parteigenossen das Bedürfnis nach sozialistischer Unterhaltungsliteratur bescheidet und unter strenger Wahrung sozialistischer Prinzipien redigirt werden soll, ist in diesen Juchhändler- und Kopportage-zeitungen als ein Blatt empfohlen, das für jede Jfamilie (ohne Rücksicht also auf politische und religiöse Ueberszeugung) ein Hausbuch im vollen Sinne des Wortes werden soll.
Diese Jatsachen werden genügen, um unseren Protest gerechtfertigt erscheinen zu lassen gegen solche Veruche, die angebliche Parteigenossenhaft finanziell auszunutzen.
Mag Jochsache machen wer will, mag Zeitungen gründen wer will, mag Juchhändler und Juchnehmer unter Parteigenossen suchen wer will - Jedermann hat das Recht dazu, aber er laze offen und ehrlich, daß es sich um ein Geschäftsunternehmen handle, zum Jtillo und Vortheil eines Einzelnen, das sich Jüßer auf das Recht der guten Qualität; aber man erwide nicht durch Vorbinden der Parteiemasse den Glauben, es handle sich um ein Partei-Unternehmen, wenn es sich, wie hier, bloß um eine Jnangspulation eines Geschäftsmanne handelt, der für die Parteitreue Genosse sein will, für die Gegner Nichtgenosse, immer aber bloß Geschäftsmanne ist.

* Entfaltungen aber unser Apothekeregerbe für das Volk von Hermann Basse, Hannover, Jr. Reichmeyers Verlag.

Die Parteipresse hat unseres Erachtens die Pflicht, gegen solche Geschäftspraktiken sehr vorsichtig zu sein und den Parteien großen reinen Wein einzugießen, wenn sie hinter solche Kränze und Schliche kommt!

Erkundung.

Der badische Abgeordnete berichtet in seinem neuesten Jahresbericht für 1893, daß das im § 115 der Reichsgewerbeordnung verbotene Kreditwesen noch vielfach in den in manchen gewerblichen Betrieben, so besonders bei Bauteilen und in Steinbrüchen bestehenden Kantinen, in der Form vorkommt, daß den Arbeitern Bier und Speisen entweder von dem Gemeinrentner selbst oder von dem die Kantinenwirtschaft führenden Ausschüssen kreditiert werden. Es fand im Berichtsjahre aus dieser Veranlassung eine Anzahl von Beurteilungen ganz vortreffliche im Baugewerbe und im Steinbruchbetrieb statt. Der Bericht fährt dazu an:

Nur in den seltensten Fällen konnte das Kreditieren auf Grund der in den genannten Geschäftsreise zugelassenen Ausnahmemaßnahme aufrechterhalten werden, weil es sich hier nicht um regelmäßige Beschäftigung handelt und weil Lebensmittel nur zu einem geringen Maß übersteigenden Preise kreditiert werden können. Bei allen Kantinenwirtschaften besteht aber die Absicht am Preise einen Gewinn zu erzielen.

Derselbe ist auch bei nicht gerade erheblichem Preisaufschlage meist nicht unbedenklich, weil die Arbeiter glauben, sich die gute Meinung ihrer Vorgesetzten durch großen Verzehr in der Kantine erkaufen zu können und weil das Kreditieren überhaupt ein höchst schmerzhaftes Bedürfnis ist. Es ist auch gerade auffallend, in welchem Maße der Umsatz der Kantine sinkt, sobald durch strafgerichtliches Urtheil oder durch Veranlassung zur Bezahlung übergegangen werden mußte.

Während Überreibungen der genannten Art besonders bei Bauteilen und in Steinbrüchen ziemlich häufig sind, ist das Raufen der Löhne in Baaren statt in baarem Gelde fast vollständig verschwunden, auch kommt es nur selten vor, daß den Arbeitern der in der Kantine gemachte Verzehr von Löhnen abgezogen wird, weil man glaubt, daß dargelegte Verfahren ungerecht handhaben zu können, wenn nur der verdiente Lohn noch ausbezahlt werde. Die strafgerichtlichen Verfügungen und das sonstige Einschreiten werden aber die in Betracht kommenden Kreise wohl bald von der Unhaltbarkeit dieses Verfahrens überzeugt haben, so daß hoffentlich mit der Zeit auch diese Form von Kreditwesen verschwinden wird. In Bielefelden kam es aber auch vor, daß der kreditierte Verzehr am Lohne abgezogen wurde. In einem Falle war der Lühw des Anmirens zu großem Mangel so arg, daß die hieraus hervorgehenden Lohnabsätze mehrmal in 14 Tagen M. 18-20 betrogen haben, und daß Arbeiter die Stelle verließen, weil sie den größten Theil ihres Verdienstes in der Kantine lassen mußten. Selbstverständlich wurde in allen solchen Fällen strafgerichtliches Einschreiten herbeigeführt. Auch plumpere und erfolglose Umgehungsverfuche der Vorschrift des Baugesetzes kommen bereitwillig vor. So ließ z. B. ein Baunternehmer die geschilderten kreditierten Beträge bei der Auszahlung der vollen Löhne von seiner am gleichen Tage stehenden Frauogleich zurückgeben. In anderen Fällen, die sich nicht auf Kantinen bezogen, fand bei der Lohnzahlung im Laden zugleich ein Zug ein Verkauf von Baaren statt, so daß hier die Annahme einer Umgehung der gesetzlichen Vorschriften sehr nahe lag. Allgemein läßt sich hiergegen nicht vorgehen. Es wurden aber die Betroffenen darauf hingewiesen, daß die gesetzliche Vorschrift beachtliche, den Arbeitern die freie Verfügung über ihren Verdienst zu sichern, und daß sie strafbar würden, wenn im einzelnen Falle geschäftet werde, daß sie den Arbeitern durch das eingetragene Verfahren diese freie Verfügung entzogen hätten. Ein besonderer Fall von Kreditwesen, von dem noch, nicht weil er nicht über die oben beschriebenen Schattigkeiten, sondern wegen seiner Heimlichkeit erörtert werden. Ein Hilarrenfabrikant jagt seinen Arbeitern 1 bis 1 1/2 Prozent vom Lohne aus und liefert ihnen dafür Hilarren. Ein Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen genügt hier, diese Unfälle abzuwenden. Sonst ist es allgemeiner Gebrauch, daß alle männlichen Arbeiter wöchentlich eine gewisse Anzahl Hilarren von mangelhaftem Aussehen geschickt erhalten, und es bedurft nur von einigen Jahren eines allgemeinen Einsparens durch Vermittlung der Großhändler, dieser Unsitte der Gesundheitlichen Arbeiter diese Begründung im Interesse ihrer Gesundheit entzogen wurde.

Durch Verhandlungen, welche sich kürzlich vor dem Reichsgericht in Leipzig abspielten, kamen geradezu ungeheuerliche Einschleichen über den Erbauungsprozess der öffentlichen Kenntnis, den gewerbliche Unternehmer in Ober-Schlesien dem Gesetz zum Trotz noch immer treiben. Aus Grund eines zwischen einem Bielefeldener und einem aus Bielefeld stammenden Baunternehmer geschlossenen geheimen Vertrages wurden von letzterem den Arbeitern des Ersteren bis zu der allmählich am Sonnabend erfolgenden Lohnzahlung die notwendigen Zahlungsmittel auf Kredit gewährt, dafür aber die geschuldeten Beträge bei jeder Lohnzahlung durch ihren Arbeitgeber gleich in Abzug gebracht. So erhielten die Arbeiter entweder garnicht oder nur einen verschwindend kleinen Theil ihres Lohnes ausgezahlt. Aber wenn ihnen auch die Abzüge viel zu hoch erschienen, so durften sie doch keinen Widerspruch erheben, sonst wären sie entlassen worden. Durch Zufall gelangte indessen die Sache zur Kenntnis der Behörden. Die zahlreichen Zeugen bestätigten, daß sie bei den Lohnzahlungen nicht in die Lage versetzt worden seien, aber ihren vollen Lohn frei zu verfügen und selbst ihre Schulden zu bezahlen; und daß die erzwungene schleichende Billigung der Lohnabsätze die Strafbart derselben nicht ausbebt, verurtheilt das Landgericht zu Bielefeld am 2. November den Unternehmer wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung und den Restaurateur wegen Betrugs zu diesem Delikte zu je M. 20 Geldstrafe eventuell 6 Tagen Gefängnis. Welche Angeklagten legten Revision ein, in der sie ausführten, daß der Unternehmer die Festsetzungen an den Restaurateur, den Eigentümer der Arbeiter, geschickt habe, nachdem diese - wenn auch nur schleichend - die Lohnabsätze begünstigt hätten. Allein das Reichsgericht verworft die Revision, weil festgestellt ist, daß der Unternehmer auf Grund eines Abkommens mit dem Restaurateur seinen Arbeitern nur einen kleinen Rest des Lohnes ausgezahlt habe, was gegen § 115 der Gewerbeordnung verstoße. Diese Bestimmungen seien öffentlich-rechtlicher Natur und könnten daher nicht durch private Abkommen, wie das einmal durch die ausdrückliche Zustimmung der Arbeiter ab-

geändert oder befristet werden. Ebenso unterliege die Annahme keinen Bedenken, daß der Restaurateur die Bezahlung des Deliktes erledigt und sich somit der strafbaren Verhältnisse schuldig gemacht habe. Man sieht, daß dieser ungläubliche Erbauungsprozess ganz Einführung des Rechts immer noch fortwirkt und daß er lediglich - durch Zufall zur Kenntniss der Behörden kam. Die preussische Gewerbeinspektion geht an solchen Dingen achlos und unwissend vorüber, während, wie wir gesehen haben, die badische sich bemüht, die immer neuen Formen, unter denen der Erbauungsprozess sich behaupten will, ausfindig und wiederum unmöglich zu machen, was die höchste Anerkennung und die entschiedenste Unterstützung der Arbeiter verdient.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Arbeitererfolg. Am Neubau des Kreis-Krankenhauses in Stolp sind am 26. April 6 Arbeiter (Stein- und Kalkträger) sowie ein Jungbursche mit einem vollen Gerathe (wahrscheinlich überleben) zusammengedrückt und haben sämtliche Verletzungen erhalten.

* Eine Arbeitslosen-Statistik, welche die Leipziger Statistiker aufgenommen, hat ergeben, daß von 31 Gewerbetreibenden nur 11 das ganze Jahr hindurch Beschäftigung hatten, während 40 im Ganzen 2850 Tage, somit im Durchschnitt jeden 71 1/2 Tage arbeitslos waren. Die längste Arbeitslosigkeit betrug in einem Falle 280 Tage, während die kürzeste Dauer sich auf 14 Tage beschränkte. Wenn aber nun die Arbeiter bei etwas flotterem Geschäftsgange eine Kleinigkeit mehr zu verdienen wüßten, so würde sich die Zahl der Arbeitslosigkeit einigermassen zu beschneiden, dann freilich das Unternehmertum über die unersättlichen Forderungen der Arbeiter.

* Die Beschlüsse „Inparteilichkeit“ bei Streik wird durch unten stehenden Brief in recht deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Ende Februar brach in der Webstuhlfabrik von Otto Müller in Straßburg wegen Lohnabsätzen ein Streik aus, und heute ist derselbe trotz der politischen Fälle, die Herrn Müller zu Theil wurde, noch nicht ganz beendet. Denn Herr Müller schreibt an den Herbergsbater der Herberge zur Heimat in Straßburg folgenden Brief:

„Ich bitte Ihnen nicht unbekannt sein, daß meine Stiebtäre Ende Februar in Streit trat, welcher Streik von der Herberge dadurch endgültig gelöst wurde, daß sämtliche fremde Streikende abzwangweise in ihre Heimatgemeinde abgeschoben wurden, so daß dem neuen Zugzug kein Hindernis mehr im Wege steht. Ich beschäufliche Sommer und Winter nun und 100 Formner und brauche jetzt deren noch circa 40 Mann und geht mein ergebendes Ersuchen dahin, mir solche gestellt, zugewiesen, falls solche sich bei Ihnen um Arbeit melden sollten. Der Verdienst ist ein guter, im Sommer und Winter gleich. Es wäre mir aber lieb, wenn Reueintretende mir zuvor den Tag angeben wollten und womöglich auch den Zug, mit welchem sie in Reichensbad antommen. Bei Ankunf ist Ihnen sie sich wegen weiterer Auskunft beim Portier melden.“

Herbergsbater

* Die soziale Frage ist gelöst ohne großes Kopfschütteln. Die Streikenden werden abgelassen, damit die Streikbrecher ungehindert an ihre Stelle treten können, und der Streik, ein Symptom der sozialen Krankheit, ist beendet. Ob aber unsere „Lüge“ und „unparteiliche“ „Politik“ der „Friedensgenossen“, „Organ der G. L. S.“ und „Porzellanarbeiter“, wartet die deutschen Kollegen, den Lodungen der Müller in der Fabrikanten, falls dieselben demnach Arbeiter durch deutsche Heilungen suchen, Folge zu leisten. Die Verhältnisse in den italienischen Hütten seien sehr schlechte, die Preise bereits so tiefe, daß sich die dortigen Arbeiter mit aller Kraft gegen eine weitere Verschärfung derselben wehren und gewillt sind, in die Streikaktion einzutreten.

* Eine hübsche Illustration zu dem Kapitel: „Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter“, haben die Wiener Bauunternehmer und Maurermeister geliefert. Die Fortwörter, welche ihnen die Arbeiter gestellt hatten und die sie bereits zur Bekämpfung gebracht, belächelten sie mit folgendem hässlichen Schreiben zu beantwortet: „Hochgeehrte Herren! Der Herr Genossenschaft der Bau- und Stelmereimeister in Wien seitens des hochverehrten Geschäftsführers zugemommenen Bitte um Verwahrung einer um eine Stunde verlängerten Arbeitszeit wird über Beschluß mehrerer Maurermeister und Bauunternehmer insoweit Folge gegeben, als die verlängerte Arbeitszeit nur vom 16. Oktober bis 16. April bewilligt wird. In den übrigen Monaten bleibt die selbsterige Arbeitszeit, sowie alles Andere aufrecht, da sonst die Bauunternehmer um zehn Prozent der Arbeitslohnsumme weniger verdienen würden und jeder einzelne Arbeiter die eine Stunde ohnehin nicht spart und nur noch mehr faulenzen würde.“

Die Abschaffung der Affordarbeit läßt sich seitens der Bauunternehmer auch nicht vermissen, da ein Maurer im Tageslohn höchstens 400 Biegel vermauert, im Afford aber mindestens das Doppelte; und beim groben und feinen Zerpuz macht ein Maurer nach Tag höchstens zehn Meter, entgegen im Afford mindestens das Doppelte. Endlich kann weder ein früherer Arbeitslohn am Wochenende; noch eine andere Arbeitsordnung bewilligt werden, da hierzu keine Nothwendigkeit vorliegt. Jedenfalls wollen die hochgeehrten Herren Maurer eine Arbeitsordnung in dem Sinne, daß anstatt der Maurer die Herren Bauunternehmer arbeiten sollen.“

Streikmachern bewilligen wir Euch, hochgeehrte Herren, im Winter recht gerne, denn im Sommer höchst Euch ohne ihn nicht.“

Wien, am 3. April 1894.

Hochachtungsvoll Euerer ergebenen Bauunternehmer E. S. Entschuldigend, daß die Antwort sich um einige Tage mehr verzögert hat, als Ihr gewöhnlich habt.“

Hier tritt der nachste Unternehmer-Standpunkt zu Tage; zynisch und brutal weisen sie jede Möglichkeit einer Einigung zurück, wissend, daß sie vorläufig die Macht haben. Wie schreiben sie den Herren, wenn der Arbeiter einmal die ihm gänzliche Zeit bewußt, um seine Forderungen durchzuführen. * Weiterer Streik in Sicht. Das Comité der Tischlermeister in Wien lehnt sämtliche Forderungen der streikenden Gesellen ab und beschloß, falls nach Beendigung des Gesellenstreiks einzelne Meister von den Gesellen boykottiert werden sollten, einen Weiterstreik zu beginnen. * Die Tischlergesellen von Reichensberg i. B. haben beschloßen, am 1. Mai in den Streik zu treten, falls ihre den Meistern gestellten Forderungen nicht bewilligt werden.

* Die Spiegelglasarbeiter des Bilsener Meierwerks haben beschloßen, falls ihnen höhere Löhne nicht gezahlt werden, sich dem Streik der bayrischen Glasarbeiter anzuschließen.

* Die Bildhauer in Graz haben ihren Arbeitsgeber ein Memorandum überreicht, in welchem sie folgende Forderungen stellen: 1. Abschaffung der Arbeitszeit ohne Lohnverminderung. 2. Abschaffung der Affordarbeit.

* Die Zimmerleute in Lugos haben die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde durchgesetzt.

* Aus der Schweiz. Die Maurermeister von Zürich führen den heimlichen Kleinstreik. Sie mögen die Vorstandsmitglieder des Fachvereins. So wurden die Präsidenten dieses Vereins deutscher und italienischer Zunge auf die Straße gestellt. Herr Bang, bekannt als großer Tonhallenredner und tugendhaftes Mitglied der schweizerischen Arbeiterkommission, hat sämtliche Mitglieder des Fachvereins auf die Straße geworfen, obgleich sich Arbeiter darunter befinden, die lange Jahre bei ihm waren. Er hat schon vor Wochen Arbeiter entlassen, von denen er durch Judäer erfahren konnte, daß sie an einer Verammlung theilgenommen hätten. Schweizerfreies! Der Maurerfachverein in Winterthur hat auf Beschluß der deutschen und italienischen Section folgende Forderungen an die Arbeitgeber gestellt: 1. Bezahlbarkeit der Arbeitslohn (Möhringer 11). 2. Lohnverhöhung von 5 Cents pro Stunde für Mauer- und Handlanger. Sie hoffen, die Ziele Forderungen auf gütlichem Wege durchzusetzen. Wir wünschen guten Erfolg.

* Koalitionstreue in Frankreich. Wenn unter den viefachen Streiks, die es gegenwärtig in Frankreich gibt, der in den Elsen- und Stahlförnen von Triana (Loiro inferieuro) ausgebrochene die besondere Aufmerksamkeit auf sich zieht, so ist dies nicht etwa die Zahl der Streikenden, die circa 1500 beträgt, auch nicht wegen der Ursache des Streiks, obwohl derselbe in einer tief einschneidenden Lohnreduktion besteht, sondern einzig und allein wegen des unqualifizierten Vorgehens der Behörden, die, wenn es sich um die Interessen großstädtischer Unternehmungen handelt, gleich mit „Ordnungsmäßigem“ bei der Hand sind, die nichts Anderes als eine Abreglung derer ist, die sich nicht unter die von der Raubjagd der Unternehmer diktierte Ordnung ruhig beugen wollen. So wurde der Secretär des Metallarbeiterverbandes verhaftet, ja sogar Frauen verurtheilt; die kein anderes Verbrechen begangen hatten, als vor dem Eisenwerk den Aufzug ausgehen zu lassen. „Es lebe der Streik!“ Und warum sollte der Abgordneten halt gemacht werden? So wurde denn auch der „Lohnant“ verhaftet, aber gleich darauf wieder freigelassen. Sein Verbrechen bestand darin, nach einer Verammlung, an der die Frauen der Streikenden zahlreich theilgenommen hatten, diesen zugehen zu haben, „alle Provolationen zu vermeiden“, was der ihr verhassten „Gensdarm“ übersehe: „allen Provolationen der Gensdarmen auszuweichen.“ Man sieht, die Dienste des Kapitalismus mit seinen öffentlichen Gewalten, sind überall eines und desselben Geistes.

* Französische Arbeiterkongresse. In Paris fand am 29. April und den folgenden Tagen ein Kongress des Föderationbundes des pariser Revolutionssozialen Arbeiterpartei (Allemantien) statt. Die Hauptpunkte der Tagesordnung lauten: 1. Die Vertheilung der gewerkschaftlichen Freiheit. 2. Die Organisation der Arbeit in einer sozialen Republik. 3. Der Generalstreik und die Mittel seiner Durchführung. Ein Bericht über diesen Kongress liegt uns noch nicht vor. - Am 25. Juni findet in Lyon der Kongress der Arbeitsschreiber statt. Auf seiner Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Die Anerkennung der Arbeitsschreiber als Institutionen öffentlichen Dienstes. 2. Die zu ergreifenden Maßnahmen gegenüber der Verordnung, welche die Regierung den Arbeitsschreibern aufzulegen will. 3. Die Organisation der Arbeitsschreiber. 4. Die Zulassung zum Kongress von Sozialverbänden jener Orte, wo keine Arbeitsschreiber bestehen. 5. Die Streikfrage. - Dielem Kongresse wird in Nantes ein allgemeiner Gewerkschaftskongress anberaumt und damit hoffentlich eine einheitliche Gewerkschafts-Organisation geschaffen werden. - Ende April endlich tagte in Grasse (Schauburg) der Kongress der französischen Christlichen Arbeiter, dessen Hauptzweck nach der Diskussion der ausstehenden Reformen, die definitive Konstitution des Nationalverbandes der Christenarbeiter ist. Wir können auf bestellen noch zutritt.

* Der Streik der Spiegelglasarbeiter in der Umgegend von Antwerpen ist beendet, leider nicht völlig zu Gunsten der Arbeiter. Dieser Streik war insoweit ein sehr bedeutender, als die ganze Gegend an der Rhänung des Stuppel in die Schelde von dieser Industrie lebt. Die Biegelsteine von Boom sind weithinverbreitet und werden massenhaft nach dem Ausland exportiert. Nicht nebeneinander liegen die Biegelsteinereien, es sind ein eigener eigenthümlicher Anblick, wenn man von Antwerpen aus die Schelde hinaussieht und an dem Ufer große Anhäufungen von solchen Biegelsteinen zwischen dem steilen Grün erblickt. Der Frühling ist gewöhnlich die Zeit, wo dort am meisten gearbeitet wird. Die Biegelsteine werden dann gefanet, sie trocknen während der Sommerzeit aus und werden dann im Herbst gebrannt. Während der Herbstmonate wandert die ganze männliche Wälferschaft dieser Gegend nach dem Süden aus, nach Frankreich, sogar nach Spanien und Italien, um dort an der Grante theilzunehmen. Seit acht Tagen ist die Arbeit bereits eingestellt. Der Verlust wird somit ein sehr empfindlicher sein. Die Biegelsteiner arbeiten gewöhnlich 16 bis 17 Stunden pro Tag im Frühjahre. Selbst die Kinder unter zwölff Jahren arbeiten 12 bis 14 Stunden. Es ist zwar eine nicht ungeheure Arbeit, da dieselben im Freien geschieht, doch ist die Muskelanstrengung für die Schwächeren eine allzu große. Einerseits verlangen nun die Arbeiter eine Lohnverhöhung. Sie werden gewöhnlich pro tausend Stück 50 und so viel bezahlt. Es handelt sich zunächst um einige Centimes mehr auf das Tausend. Im Ganzen verdienen die guten Arbeiter 9 bis 10 Francs pro Woche! Diese Lohnverhältnisse waren aber nicht die einzige Ursache der Unzufriedenheit. Einerseits beklagen sich die Arbeiter darüber, daß die Arbeitgeber ihnen den Lohn nicht in Geld, sondern in Naturalien gaben; gewisse Unternehmer haben sogar den Lohn von der Miete abgezogen. Also das bekannte Tauschverfahren, obgleich es seit 1888 gesetzlich verboten ist. In mehreren Dörfern ist es auch vorgekommen, daß die Arbeitgeber den Arbeiter zwingen, in den von ihnen eröffneten Wäden keine Anläufe zu machen. In der Sitzung der belgischen Kammer am 17. April wurde durch die Abgeordneten Janon und Augereau auf diesen Umständen hingewiesen und die Regierung angewiesen, weil sie die strenge Anwendung des Gesetzes von 1888 gegen das Tauchsystem

nicht sicher. Andererseits muß gesagt werden, daß auch die Arbeiter...

Wegen die Organisation der Arbeiter... Die Londoner Arbeiter...

Arbeitsleistungen in Rußland. In Kostonow... (Sibirien) haben am 10. April ungefähr 1800 Arbeiter...

Ueber „Arbeiterterrorismus“

tisch die allseitig auf Verbeugung der organisierten Arbeiter...

Die Unzulässigkeit und Unannehmlichkeit der Sozialdemokratie... Die Unzulässigkeit und Unannehmlichkeit der Sozialdemokratie gegenüber Andersdenkenden...

mehr gelandt. Es hielt die Bedingungen, welche die Arbeiter... mehr gelandt. Es hielt die Bedingungen, welche die Arbeiter...

Vor 17 Jahren wurde Nacht in die Fabrik eingebracht... Vor 17 Jahren wurde Nacht in die Fabrik eingebracht...

Ein andermal wurden 9 Dukun Bar Stiesel absichtlich... Ein andermal wurden 9 Dukun Bar Stiesel absichtlich...

Also die Arbeiter müssen das Feuer angelegt haben... Also die Arbeiter müssen das Feuer angelegt haben...

Die Arbeiterausstände in Frankreich.

Das „Office du Travail“ in Paris veröffentlicht... Das „Office du Travail“ in Paris veröffentlicht...

Was die einzelnen Industriezweige betrifft... Was die einzelnen Industriezweige betrifft...

Table with 3 columns: Art der Arbeiter, Anzahl der Ausstände, verlorenen Arbeitstage. Includes categories like Band- und forstwirtschaftliche, Bergwerke, Steinbrüche, Nahrungsmittel, etc.

Wenn man, so entnehmen wir dem „Schön, Birsen-... Wenn man, so entnehmen wir dem „Schön, Birsen-...

nicht mit jener der Ausstände überein. So gingen im Nord... nicht mit jener der Ausstände überein. So gingen im Nord...

Melless ist es die Lohnfrage, welche die Ausstände hervor... Melless ist es die Lohnfrage, welche die Ausstände hervor...

Im Großen und Ganzen geht aus dem Bericht hervor... Im Großen und Ganzen geht aus dem Bericht hervor...

Zum Schieds- und Einigungsverfahren in England. In Durham fand im März zum Zwecke der Besprechung... Zum Schieds- und Einigungsverfahren in England. In Durham...

Das jüngste Beispiel eines Einigungsausschusses ist der zu... Das jüngste Beispiel eines Einigungsausschusses ist der zu...

Situationsberichte.

Maurer.

Achtung, Maurer! In Freiburg, Schwetzn, d. O.,... Achtung, Maurer! In Freiburg, Schwetzn, d. O.,...

Stillhalten als Vertrauensmann für den Bauernlichen Grund. Am 18. April tagte dann im großen Saale der „Altdeutschen Zue“ hierseits wieder eine öffentliche Bauernversammlung, welche von über 1000 Bauern besucht war. In dieser Versammlung referierte derselbe Redner über dasselbe Thema. Der Redner führte aus, daß er sich dieses Thema hauptsächlich gewählt habe, weil eine große Masse der Arbeiter über den Begriff des Wortes „Kapital“ noch sehr verwickelter Meinung ist. Unter Kapital versteht man nicht nur das Geld, die Kaufkraft, man versteht darunter auch Grund und Boden, wie auch Produktionsmittel. Die Besitzer derselben seien Kapitalisten, ebenso gut wie der Arbeiter. Die Arbeiter aber die Entwicklung des Kapitalismus. Durch diese Entwicklung ist es so weit gekommen, daß der Arbeiter sich überhaupt nicht mehr emporklimmen könne, sondern er bleibe immer der Ausbeute, dagegen derjenige, welcher Kapital besitzt, immer der Ausbeuter. Höchstens könne ein Bauer einmal der Strohmann des Kapitalisten, sogenannter „Bauernrentner“ werden. In Dresden seien ja auch eine große Anzahl solcher Bauernrentner vorhanden, welche für den Kapitalismus Sandlangerdienste verrichten, damit ein solcher Geldmenschen aus dem Hinterhalt die Arbeiter, Handwerksmeister und Arbeiter tüchtig betriegen könne. Dies seien grauenhafte Zustände, welche der Kapitalismus herbeiführt. Redner entwarf nun ein klares Bild von der Degeneration der Arbeiter und wies namentlich nach, wie schlecht die Ernährungswerte derselben seien. Es sei deshalb notwendig, daß sich die Arbeiter organisieren, um sich nicht nur weiter in ihrer Lebenshaltung herabdrücken zu lassen. In verschiedenen Gegenden Deutschlands hätten die Arbeiter mittels ihrer Organisation ihre Lage schon etwas verbessert, sie hätten mehr Lohn und längere Arbeitszeit errungen. Auch hier in Dresden müßten sich die Arbeiter endlich ihrer Lage bewusst werden und sich vereinen, dann werde es auch kommen, daß bessere Verhältnisse eintreten. Großer Beifall folgte diesen Ausführungen. In der darauffolgenden Debatte wurden hauptsächlich die schlechten und grauenhaften Zustände aus tiefstem Baute geschrieen. Die Bauenden seien in einem Zustande, der aller Befriedigung hohn spreche. Weiter wurde erwidert, daß einzelne Arbeitgeber schon so unverschämten seien, zu verlangen, daß die Arbeiter ihre Notdurft vor Beginn der Arbeitszeit verrichten sollten. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß am 25. April eine öffentliche Bauernversammlung im großen Saale des „Trianon“ stattfindet mit der Tagesordnung: „Der 1. Mai und seine Bedeutung, eben. Stellungnahme zur Waise.“ Weiter wurde der Versammlung mitgeteilt, daß die Waise nicht im Reichshausgebeten stattfindet, da der Inhaber des Parks den Arbeitern das Lokal verweigert habe. Die Arbeiter seien wohl gut genug, das Hofgärtchen zu trinken, aber in seinen Lokalitäten wolle er sie nicht haben. Es sei nun die Frage, ob den Arbeitern jetzt das Bier noch schmecken werde. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der deutschen Bauern wurde die Versammlung geschlossen.

Hendeburg. Am 20. April fand eine Extra-Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und deren Berufsgenossen, Högsteils Hendeburg, im Saale der „Renen Welt“ statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Waise“, wurde vom Kollegen S. Stein folgender Antrag gestellt: „Diejenigen Mitglieder, welche am 1. Mai arbeiten, haben den dritten Teil des Tageslohns abzugeben.“ Derselbe wurde nach einer langen Diskussion einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkt, „Gewerkschaftsamt“, wurde mitgeteilt, daß in der Kommission angefragt wurde, das Gewerkschaftsamt in Kiel abzulassen. E. Stühn beantragte, das Amt hier zu lassen. Das Amt in Kiel zu lassen wurde abgelehnt. Zum dritten Punkt, „Unterstützung eines Kranken Genossen“, wurde beschlossen, demselben 5 Mark und die Krankkosten zu bewilligen. Ferner wurde beschlossen, eine Sammelkassette herzustellen zu lassen. Im Punkt „Beschwerden“ wurden einige interne Angelegenheiten des Verbandes geregelt. Sodann forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, zur nächsten Versammlung zahlreich zu erscheinen. Hierauf erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Hannover. Am 24. April tagte im „Rathhause“ die regelmäßige Versammlung der Högsteils Hannover des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen L. I. S. über die deutsche Revolution. 2. Stellungnahme zur Waise. 3. Fragekasten und Beschwerden. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung vorgelesen, wurde dem Referenten das Wort zu seinem Vortrag erteilt. Derselbe führte die Idee Referat vor vollen Zuhörerbegierde der Anwesenden aus, wofür demselben reichlich Beifall gesollt wurde. Zum zweiten Punkte nahm Kollege T. D. n. i. e. das Wort; er erklärte, der Meinung zu sein, daß es unmöglich sei, überall am ersten Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Auf den Vortrag, wo es möglich sei, die Arbeit an diesem Tage ruhen zu lassen, so mögen die Genossen den Tag feiern; aber wo sie es nicht könnten, ohne auf's Straßenpflaster geworfen zu werden, da müßten dieselben ruhig arbeiten. Ferner forderte Kollege T. D. n. i. e. auf, in diesen Tagen aufmerksam den „Volkswille“ zu lesen, da es möglich sei, daß im Programm der Waise Änderungen eintreten könnten. Hierauf wurde der Antrag des Kollegen H. P. e. l. über von seinem Posten als Fraktionstrotzler und Mitglied des Feindschusses zu entbinden, dadurch erledigt, daß Kollege R. e. t. t. e. für denselben in den Feindschuß und die Kollegen B. e. f. e. t. t. e. und H. D. e. m. a. n. n. für den Kollegen H. P. e. l. und andere abgestellten Kollegen gewählt wurden. Nachdem dann noch der Fragekasten seine Erledigung gefunden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Am Sonntag, den 22. April, fand hierseits im Saale des „Alten Schwan“ eine öffentliche Bauernversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Wirkung der Gewerkschaftsbewegung mit besonderer Berücksichtigung unserer Organisation.“ Als Referent trat Kollege S. I. b. e. r. s. i. m. i. Berlin an. In einer einflussreichen Rede beleuchtete der Referent die Zustände unserer Zeit; in zutreffender Weise schilderte er die tiefen Gegensätze zwischen Arbeiter und Kapitalist, und wie der Arbeiter angeblich von kapitalistischer Seite aus mit Humanitätsbeweißen förmlich überhäuft werde, wofür als Beispiel die vielen wofühnlichen Einrichtungen, als Invalvidalidversicherung, Krankenlosten zc. bezeichnet wurden, welche aber in Wirklichkeit nur dem Arbeiter das Geld aus der Tasche gögen, um ihn wenig oder nichts zu nützen. Ferner schilderte er die Wohlthat der Rothhandarbeiten, welche sich durch Niedrigkeit der Löhne auszeichnen, als auch die vielschichtige persönliche Freiheit des Arbeiters, zu der allerdings auch die des freiwilligen Vertragens gehöre. Redner schloß seine in längerer Ausführungen den ewigen Konkurrenzkampf der Großkapitalisten mit den Kleinrentnern, die maßlose Ausbeutung des Ar-

beiters durch dieselben und das natürliche Zugrundegehen der Kleinrentner. Er fährt ferner aus, daß auch der Arbeiter auf seinen finanziellen Vorteil bedacht sein müsse, um durch denselben sich und seiner Familie ein menschenwürdiges Dasein bieten zu können, und daß der einzige Weg, dahin zu gelangen, nur durch die gewerkschaftliche Organisation möglich sei. Nach dem noch der Redner den Nutzen derselben genügend hervorzuheben, die indifferenten Kollegen zum Eintritt, die Mitglieder aber zur regen Aktion für dieselbe aufgefordert hatte, schloß er seinen Bericht aufgenommen Vortrag. Unbeteiligte Genossen Verhältnisse halber mußte die Diskussion unterbleiben.

Schweidnitz. Am Sonntag, den 22. April, tagte Auguststraße eine öffentliche Bauernversammlung, in welcher Kollege S. H. u. l. Berlin referierte. Das Thema war: „Wie stellen sich die ausgebeuteten Bauern den Meistern gegenüber?“ und „Bericht der Wohntommission.“ Nachdem der Bericht der Wohntommission erstattet und verschiedene Kollegen empfohlen, auf der Forderung zu bestehen, welche sich die Schwebter Maurer gestellt haben, wurde dem Kollegen S. H. u. l. das Wort erteilt. Redner lobte zunächst die gute Haltung, welche er unter den ausgebeuteten Kollegen gefunden. Er schilderte dann die alten Junkerbürsteile und die Entwertung der Produktionsmittel, dabei das große Elend, welches in der Zeit durch die allgemeine Anwendung der Maschinen hervorgerufen wurde, besonders betonend. Diese Missethäter konnten nur durch eine Arbeitsverteilung aus der Welt geschafft werden, was nur durch das arbeitende Volk geschehen könne, wenn dasselbe sich in großen Massen organisiert. Nachdem Redner unter großem Beifall genbet, wurde der Vortrag zur Diskussion gestellt. Es sprachen sich dann verschiedene Kollegen in demselben Sinne aus. Zum Schluß gaben mehrere ausgebeutete Kollegen die Versicherung, daß sie festhalten würden, die jüngeren Kollegen, welche noch keinen Streik durchgemacht haben, möchten sich nicht von der guten Sache ablenken lassen, was sie jetzt erdulden, würde ihnen im Alter von Vorteil sein. Dann wurde vom Kollegen S. H. u. l. Berlin an die Kollegen die Mahnung gerichtet, nach erfochtenem Sieg desto fester an dem Verband zu halten, denn so viel zu verdienen sei. Daß die Meister auf jegliche Weis versuchen, Befehlen von Auswärts heranzuziehen, was ihnen bisher freilich noch nicht gelungen ist, beweißt folgendes Schreiben eines hiesigen Meisters:

Schweidnitz, d. 20. April 1894.
An den Bauergesellen Herrn Fiedler, Pafstow, Jehden a. O. Antwortlich Ihres Briefes vom 19. d. M. theile Ihnen ergeben mit, daß ich Sie zu jeder Zeit sehr gern in Arbeit stelle. Nach Heiner würde es sein, Sie brächten 8 bis 10 Mann mit. Die Ihnen vorkommend bekannt sein dürfte, ich hierorts der Streik seit dem 9. d. M. ausgebrochen und bis jetzt noch nicht beigelegt. Ich habe sich dahin jeden weiteren Schritt — um fremde Bauergesellen heranzuziehen — vermieden, da ich annehme, daß Ortsansässige wohl berücksichtig werden müssen. Jeder andere die Gesinnungen hiesiger streikender Gesellen diese meine Gesinnung noch nicht geteilt. Ich arbeite nach Lage der Sache gegenwärtig davor nur mit 18 wühl denkenden Gesellen, den Lehrlingen und Arbeitern weiter. Sollten Sie daher mit mehreren Mannschaften kommen können, so würde es doch zu sehr, daß Einer von Ihnen zuvor herkam und Quartier machen könnte. Bemerte er, daß hierorts 6 bis 7 Uhr bei M. 8 Lahn gearbeitet wird. „Ergebnis M. 131.“ Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Freiburg i. Br. Am Dienstag, den 24. April, fand daber eine öffentliche Bauernversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Der Bauernstreik und seine jegliche Lage“ Referent Kollege J. o. s. Fr. a. l. e. r. als Vorleser gestrichelt. Sodann wurde berichtet eine Statistik über den jetzigen Stand des Streiks, wonach sich jetzt 160 Mann an demselben beteiligten. Im Laufe der Woche (16. bis 23.) sind 86 abgereist. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 20, zu den alten Bedingungen 70 Mann. Zugereist sind 70, wovon 15 die Arbeit ausgenommen, die anderen sind abgereist; 5 sind auf der Liste als Streikbrecher verzeichnet. Sodann wurde ein von den Arbeitgebern eingegangenes Schreiben vorgelesen, wonach sie jeden Streik mit dem Streikcomitö ablegen, indem sie angaben, daß die Art und Weise, wie die Vertreter der streikenden Arbeiter die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber und Arbeitern in der fahrlässigen öffentlichen Volksversammlung darstellten, ihnen Veranlassung gegeben, jeden Streik abzubrechen. Sie hätten nämlich den Streikenden eine halbe Stunde Verlängerung der Willkürpause als Geschenk angeboten, was natürlich zurückgewiesen wurde und welches in der öffentlichen Volksversammlung einer eingehenden Kritik unterworfen wurde. Jedenfalls hat dieses den Herren Arbeitgebern nicht gefallen, denn die Herren waren der Meinung, die Vertreter der Arbeiter sollten ihre Kollegen dazu aufmuntern, diese halbe Stunde Verlängerung der Willkürpause anzunehmen, was sie aber nicht getan haben, sondern im Gegenteil ihre Kollegen zum Festhalten aufmunterten. Des Weiteren sprach Referent Maurer M. a. n. n. über die Ursache der Entstehung des Streiks. Derselbe leit von den Arbeitgebern herbeigeführt, indem sie ihre Einwilligung zur zeitweiligen Arbeitszeit teilweise schon gegeben, jedoch nicht bewilligt wurden und von den Arbeitern verlangten, daß wieder bis 7 Uhr gearbeitet werde. Ferner erwähnte der Referent die Art und Weise, wie die Unternehmer sich bemühen, fremde Arbeitskräfte zu bekommen. Sie stellen sogenannte Unterführer oder Schlaufenhändler an, welchen sie für jeden ihnen geleiheten Arbeiter M. 1.20 bezahlen. Er führte weiter aus, wie die hiesigen Unternehmer zu so großen Kapitalisten geworden sind. Es sei auf die hiesigen predeben-Bauten vorgetragen, daß mehrere hundert Kubikmeter Zementbedeckung gemacht wurden, wofür der Zement noch in Mannheim liege. Des Weiteren erwähnte der Referent, daß diese Woche einige Waise Kollegen die angekommen waren, um sich über den Stand des Streiks ihrer Freiburger Kollegen zu erkundigen. Derselben hätten bei Herrn W. h. l. e. r. am Schulhausbau um Arbeit angefragt, hätten aber bemerkt, sie würden bis bis 6 Uhr arbeiten. Darauf habe Herr W. h. l. e. r. geantwortet, er würde die Forderung der Freiburger Arbeiter gerne genehmigen, jedoch dürfe er dieses nicht wegen seiner anderen Kollegen. Weiter habe er bemerkt, von dem Stadtrat die Genehmigung erhalten zu haben, daß, so lange der Streik dauert, und sollte es ein ganzes Jahr sein, die Arbeit ruhen zu lassen. Die einseitige Handlungsweise der hiesigen Polizei wurde von dem Referenten einer Kritik unterworfen, und bemerkt er, daß die hiesigen Meister eine alte aufgestellt, auf welcher die Namen der Rädelsführer der am

Streik beteiligten Kollegen verzeichnet sind und welche nach Beendigung derselben bei seinem Meister mehr eingeleitet werden. Er empfahl denjenigen, welche auf dieser Liste verzeichnet, besonders diejenigen, welche beim Willkä gebiet, da sie doch keine Arbeit mehr bekommen, daß sie sich bei der Polizei melden, um mit dieser die Bauten zu bewachen. Des Weiteren erwähnte er die Kollegen, sich zu keinen Gewaltthaten berufen zu lassen und forderte zum Festhalten an dem Streik auf. Kollege R. a. m. e. r. aus Balz ermunterte die Streikenden, sich nicht absprechen zu lassen dadurch, daß man sie glauben machen will, sie werden in Freiburg keine Arbeit mehr bekommen, sollte dieses bei einigen Kollegen der Fall sein, so könnte er die Versicherung geben, daß seine Waise Kollegen bereits dahin Schritte getan haben. Die Gemeingewissen brauchen nur nach Balz zu kommen, sie würden gewiß mit Freuden aufgenommen, und davor sei gewarnt, daß sie auch sofort bei ihnen Arbeit bekommen werden. Diese Versicherung wurde von den Freiburger Bauern mit Freuden begrüßt. Genosse K. r. a. u. t. e. r. wies darauf hin, daß die Versicherungen des Zement-Magazins im Anbauge des Waise Waise, bestanden, was von dieser Partei zu erwarten sei. Wenn sie wirklich ernstlich dächte und nach der Lehre Christi handelte, müßte sie mehr für das Wohl der Armen und Elenden bedacht sein, als sich zu Handlungen des Kapitalis herzugeben und über die Arbeiter auszuhängen, als Gefährder der Gesundheit und des Lebens der Menschen. Die Arbeiter würden bei der nächsten Wahl sich diese Herren merken. K. r. a. u. t. e. r. ermunterte die Streikenden, in dem Kampfe auszuhalten und nicht die Hälfte in's Rotz zu werfen. Kollege K. o. p. f. e. r. erwähnte die Anwesenden, mehr auf den „Volkstreund“ zu abonnieren, als Organ, das unsere Interessen vertritt. Kollege S. a. u. l. ermahnte die Streikenden, sich ruhig zu verhalten, damit die Maurer beweisen, daß sie wahrhafte Männer sind. Genosse J. a. n. g. l. erwiderte, daß gerade die meisten Bahngänger Maurer dem Streik beigetreten seien, das beweise, daß Waise Waise in seiner Gemeinde eben nur gestrichelt, aber nicht gestrichelt sei. Kollege S. t. a. d. e. l. b. a. u. e. r. berichtete die Lage der Tagelöhner, worauf bemerkt wurde, daß dieselben sich ebenfalls zu Genossenschaften zusammenschließen könnten. Die Abstimmung über einen Antrag, ob sämtliche Anwesende gewillt seien, den Streik weiterzuführen, ergab, daß die Anwesenden einstimmig für Aufrechterhaltung des Streiks stimmten. Kollege T. r. a. i. l. e. r. ermahnte die Anwesenden, an ihrem Schwur festzuhalten, und des Feids, welchen sie eben geleistet, eingekant zu sein. Hiermit erteilte der Vorsitzende dem Referenten das Schlusswort. Derselbe erwähnte die Kollegen nochmal, festzuhalten am Kampf; denn hätten wir es vier Wochen ausgehalten, so würden wir noch niemals sechs Wochen aufhalten können. Hiermit erfolgte Schluß Abends 11 1/2 Uhr.

Hausandwerker. Am 26. April tagte hier im Lokale des Herrn Bachmann eine gut besuchte öffentliche Bauhandwerker-Versammlung. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Besprechung. Nachdem das Bureau aufgenommen war, erstallte die Wohntommission Bericht und führte aus, daß die „Waise“ sich herbeigefahren hat, ihre Forderung, welche darin bestand, den Junggelehrten anstatt des üblichen Lohnes von 42 A pro Stunde nur 37 A zu zahlen, fallen zu lassen mit der Bedingung, daß auch die Gesellen von ihren geltenden Forderungen Abstand nehmen, (die von den Gesellen gestellte Forderung ist bereits in einer der vorhergehenden Nummern des „Grundstein“ erwähnt. Amm. des Berichtes.) Als Redner sprach sich dahin aus, daß es wohl richtig wäre, nun die „Waise“ den Punkt hätte fallen lassen, daß auch wir nicht um unsere Forderung in einen Streik eintreten, da die Konjunktur eine nicht allzu günstige und unsere Forderungen, um dieselben durch Streik zu erwünsigen, wohl zu unschlüssig seien. Denn ein Streik sei immer eine zweiseitige Waffe und man müsse es sich wohl ruhig überlegen, wie man davon Gebrauch mache; andererseits sei aber auch davon Abstand zu nehmen, da sich bereits schon einige Städte im Streik befänden. Vielmehr sei es an der Zeit, unsere Dehnganktion immer mehr auszuweiten, denn hier sei der Feld vorhanden, um die indifferente Waise heranzuziehen, und man könne es heute auch hier nicht verkennen, daß das einmütige Handeln der Gesellen, Dant unserer Organisation, den Meistern imponiert habe; wären wir nicht organisiert gewesen und wären wir nicht durcheinander gelaufen, so hätten die Meister sich nicht dazu bequemt und ihre Forderung fallen lassen. Darum sei es Pflicht eines jeden Kollegen, desto mehr thätig einzugreifen, damit wir zu jeder Zeit gerüstet ständen. Darauf erfolgte auf Antrag, auch unsere Forderung fallen zu lassen, die Abstimmung und wurde der Vorschlag, wie er im vorhergehenden Jahre, 1893/94, bestanden hat, mit kleinen unbedeutenden Differenzen für das Geschäftsjahr 1894/95 einstimmig angenommen. Somit war dieser Punkt erledigt und die Wohntommission mit den Meistern als erledigt zu betrachten. Im „Beschwerden“ wurde beschlossen, die Sozialistische gemeinlichlich mit den Zimmerern in der Druckerei der „Schleswig-Völkischen Volks-Zeitung“ antestigen zu lassen. Zweite sollen diejenigen Gesellen, welche für diese Meister auswärts arbeiteten, schriftlich vom dem Schluß dieser Versammlung benachrichtigt werden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Kraus. Ueber die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter und die Bestimmungen der „Annungen“ sprach am Sonntag, den 16. April, T. D. B. D. S. e. l. b. u. r. g. aus Hamburg in einer von Bauhandwerkern ziemlich gut besuchten Versammlung. Der Redner schilderte in trefflicher Weise die Entwicklung der heutigen für das arbeitende Volk so traurigen Zustände, wie die Maschine die menschliche Arbeitskraft immer in größerem Maße überflüssig mache und wie das Angebot von dieser überflüssig gewordenen Arbeitskraft die Löhne drückt. Das Elend nimmt immer mehr zu und muß die Menschheit zu Grunde gehen, wenn die herrschenden Zustände dauernd werden sollten. Weiter sehen gerade die wohlverdienlichsten Statistiken, um die Lage des arbeitenden Volkes zahlenmäßig feststellen zu können. Die Regierungen nehmen zwar Volkszählungen auf, auch solche über Berde, Hande und andere Tiere, aber eine Berufsstatistik über Löhne, Arbeitslosigkeit usw. fehlt vollständig, und ist solche für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten, da man sich vor dem Wille, welches eine bezügliche Statistik ergeben würde, fürchten müßte. Doch es mit den Korperkräften der Arbeiter zurückgehe infolge nicht genügender Ernährung, das beweist, daß das Mindestmaß für Nahrungsaufnahme in verschiedenen Staaten schon einige Male um einig Bruchtheile unterschritten worden mußte. In Wefalen wurden an zo. 10000 Wägen und Raaden in den Schulen Messungen vorgenommen, und es ergab sich, daß

Den Abirigen auf dem Bau beschäftigten Leuten unter dem...

Literarisches.

Der Sozialdemokrat, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands...

Sozialpolitisches Centralblatt. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun...

Von der 'Neuen Zeit' (Gutjahr, J. S. M. Dietz Verlag) ist...

Briefkasten.

Der Mailer wegen musste die Redaktion für diese Nummer schon am Montag...

Einzelne, S. Versammlungsberichte, die über einen Monat alt sind...

Hannover, S. Haben Sie denn noch nie gelesen, daß Versammlungsberichte...

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen.

Bekanntmachung.

Seitens der Ältesten freilebenden Kollegen sind an die Zahlverwaltungen...

In der Zeit vom 24. bis 30. April sind folgende Beträge bei der Hauptkassie eingegangen:

Anzeigen.

Das Protokoll

über die Verhandlungen des zweiten Verbandstages ist nunmehr im Druck fertiggestellt.

Der Vorstand. S. A.: Th. Bömelburg.

Achtung, Stukkateure!

Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt: Berlin O, Steinstr. 17...

Am 7. Mai findet die General-Versammlung des Jahvereins statt.

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Statutäre Deutschlands.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der auf der Generalversammlung in Dresden gewählte Ausschuss hat sich wie folgt konstituiert:

- Müggenburg, Vorsitzender. Gründler, Stellvertreter. Stüber, Schriftführer. Löbner, Stellvertreter. Schwann, Stüber, Reiblosen.

Adresse des Vorstandes: Eduard Müggenburg in Hamburg-Harstedt, Wilhelmstraße Nr. 8, 1. Etage.

In den Vorstand wurden gewählt: Themer, Vorsitzender. Stammer, Stellvertreter. Reiff, erster Hauptkassier. Klätschen, zweiter Hauptkassier. Thies, Reuse, Stübgen, Beisitzer.

Das Bureau des Vorstandes befindet sich nach wie vor: Altona (Eise), Friedrichsbadstraße Nr. 28.

Alle Papiere durch das Protokoll, welches in nächster Zeit zum Versand gelangen wird.

In dem Generalversammlungsbericht in Nr. 17 des Grundstein hat sich ein Versehen eingeschlichen.

S. A.: Th. Themer, Vorsitzender.

In der Woche vom 22. bis 28. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der kräftigen Verwertung in Schindel M. 60...

Zusätzlich erzielten: Stücken M. 81, Oelfestlichen 50, Befestigten 76, Holz-Mittelstück 76, Köpfen 100, Frankenslein 100. Summa M. 481.

Altona, den 28. April 1894. E. Reiff, erster Hauptkassier, Friedrichsbadstraße 28.

Achtung, Maurer Thorns!

Am 6. Mai findet hier im Vereinslokale ein allgemeines Arbeiter-Volkstfest, Theater und Ball.

Hiermit fordere ich den Maurer Joh. Seyden aus Lübeck auf, seinen Verpflichtungen gegen mich möglichst bald nachzukommen.

Aufforderung!

Warten i. W. Ww. Wllh. Pleuger.

Versammlungs-Anzeiger für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands etc.

- Hamburg, den 30. April 1894. S. Röfiter, Bollvereinshandlung, Wilhelmstraße 18, I. Altona, den 28. April 1894. E. Reiff, erster Hauptkassier, Friedrichsbadstraße 28. Altona, den 28. April 1894. E. Reiff, erster Hauptkassier, Friedrichsbadstraße 28. Altona, den 28. April 1894. E. Reiff, erster Hauptkassier, Friedrichsbadstraße 28.

- Frankfurt a. M. 1. Feb. den Freitag in Monat, Abds. 5 Uhr, 8. Holz, Galt, 20. Frankfurt a. M. 1. Feb. Sonntag nach dem 15. in Monat, Nachm. 4 Uhr, bei Schindler, 13. Frankfurt a. M. 1. Feb. Sonntag nach dem 15. in Monat, Nachm. 4 Uhr, bei Schindler, 13. Frankfurt a. M. 1. Feb. Sonntag nach dem 15. in Monat, Nachm. 4 Uhr, bei Schindler, 13.